

19.08.20

Wi

Verordnung der Bundesregierung

Verordnung zur Umsetzung pandemiebedingter und weiterer Anpassungen in Rechtsverordnungen auf Grundlage des Energiewirtschaftsgesetzes

A. Problem und Ziel

Die Verordnung nimmt Änderungen in Rechtsverordnungen nach dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) vor, die insbesondere helfen sollen, in Einzelfragen die besondere Situation angemessen zu berücksichtigen, die aufgrund der Covid-19-Pandemie seit Mitte März 2020 entstanden ist. Diese Änderungen sollen noch vor der umfassenderen Novellierung des Ordnungsrahmens erfolgen, die dieses Jahr zur Umsetzung der neuen Strommarkttrichtlinie ansteht.

Nach § 19 Absatz 2 Satz 2 der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) ist Netznutzern unter spezifischen, auf Kalenderjahre bezogenen Voraussetzungen ein individuelles Netzentgelt anzubieten. Es besteht die Gefahr, dass Änderungen der Produktionsmenge aufgrund und während der Covid-19-Pandemie dazu führen, dass die betroffenen Unternehmen diese Voraussetzungen mindestens im Kalenderjahr 2020 nicht oder nicht im vorgesehenen Umfang erfüllen können. Dadurch wären sie erheblichen finanziellen Mehrbelastungen ausgesetzt, die sogar Unternehmensinsolvenzen verursachen können. Die Verbrauchstypik dieser Unternehmen, die materielle Grundlage des Angebots individueller Netzentgelte ist, hat sich jedoch im Grundsatz nicht geändert, sondern wurde nur unterbrochen. Eine Übergangsregelung soll nicht sachgerechte Folgen vermeiden.

Insbesondere zunehmende Stromflüsse zwischen den Mitgliedstaaten, die grundsätzlich über das Übertragungsnetz fließen, können technisch „Umwege“ über Verteilernetze nehmen. Eine punktuelle Ergänzung der StromNEV soll künftig verhindern, dass Stromtransite in den nachgelagerten Netzen ohne Sachgrund die Netzkosten erhöhen.

Die Niederspannungsverordnung (NAV) und die Niederdruckanschlussverordnung (NDAV) enthalten noch Schriftformerfordernisse, die ohne einen fortbestehenden Sachgrund eine digitale Abwicklung des Zustandekommens der Schuldverhältnisse sowie der Informationsübermittlung zwischen den Netzbetreibern und deren Kunden erschweren. Sie sind bürokratische Hürden und sollen abgebaut werden.

B. Lösung

Zur Umsetzung erfolgen punktuelle Anpassungen in der StromNEV, der NAV und der NDAV.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Für den Bundeshaushalt entstehen keine solchen Kosten. Auch die Haushalte der Länder und Kommunen werden nicht belastet.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Die Verordnung senkt den Erfüllungsaufwand leicht, indem das Zustandekommen von Netzanschlussverträgen mit den örtlichen Netzbetreibern nicht mehr der Schriftform bedarf. Die daraus resultierende Reduzierung des zeitlichen Aufwands für Bürgerinnen und Bürger beträgt 12.900 Stunden pro Jahr. Zudem ergibt sich eine jährliche Einsparung für die Bürgerinnen und Bürger in Höhe von 772.000 Euro. Im Übrigen hat die Verordnung keine Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Es entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft. Vielmehr führen einzelne Änderungen zu einer leichten Reduzierung des Erfüllungsaufwands. Das Ersetzen des Schriftformerfordernisses beim Abschluss von Netzanschlussverträgen auf der Niederspannungs- bzw. Niederdruckebene durch ein Textformerfordernis führt für die Wirtschaft zu einer jährlichen Einsparung von 1.387.000 Euro.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Durch die Verordnung entstehen keine Bürokratiekosten aus neuen Informationspflichten. Durch den Wegfall der genannten Schriftformerfordernisse werden bestehende Bürokratiepflichten reduziert.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Bundesnetzagentur und die Landesregulierungsbehörden ergibt sich ein einmaliger Minderaufwand im Jahr 2021 durch die Vereinfachung einer Prüfung. Es werden keine Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand erwartet.

Auch ansonsten entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand auf Bundesebene.

F. Weitere Kosten

Spürbare Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau und insbesondere das Verbraucherpreisniveau sind nicht zu erwarten. Der Abbau von Bürokratiepflichten hat eine tendenziell kostenentlastende Wirkung.

Das für die Ermittlung der Netzentgelte für das Jahr 2020 zugrunde gelegte Netzentgeltniveau wird durch die Übergangsregelung zu individuellen Netzentgelten für das Jahr 2020 im Grundsatz gewahrt, ohne dass es zu neuen Belastungen anderer Netznutzer kommt.

19.08.20

Wi

**Verordnung
der Bundesregierung**

Verordnung zur Umsetzung pandemiebedingter und weiterer Anpassungen in Rechtsverordnungen auf Grundlage des Energiewirtschaftsgesetzes

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, 19. August 2020

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Dr. Dietmar Woidke

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich die von der Bundesregierung beschlossene

Verordnung zur Umsetzung pandemiebedingter und weiterer Anpassungen
in Rechtsverordnungen auf Grundlage des Energiewirtschaftsgesetzes

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Absatz 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG ist als Anlage beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Angela Merkel

Verordnung zur Umsetzung pandemiebedingter und weiterer Anpassungen in Rechtsverordnungen auf Grundlage des Energiewirtschaftsgesetzes

Vom ...

Auf Grund des § 18 Absatz 3, des § 24 Satz 1 Nummer 1 und 3 in Verbindung mit Satz 2 Nummer 1 bis 3 und 4 sowie Satz 3 und des § 29 Absatz 3 des Energiewirtschaftsgesetzes vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), von denen § 24 Satz 1 Nummer 1 durch Artikel 1 Nummer 9 Buchstabe b des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2503), § 24 Satz 1 Nummer 3 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 12a Buchstabe a in Verbindung mit Nummer 28a Buchstabe a des Gesetzes vom 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1786), § 24 Satz 2 Nummer 1 durch Artikel 1 Nummer 29 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa des Gesetzes vom 26. Juli 2011 (BGBl. I S. 1554), § 24 Satz 2 Nummer 3 durch Artikel 1 Nummer 12a Buchstabe b des Gesetzes vom 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1786) sowie § 24 Satz 2 Nummer 4 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 18 Buchstabe c des Gesetzes vom 13. Mai 2019 (BGBl. I S. 706) geändert worden sind, verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Änderung der Stromnetzentgeltverordnung

Die Stromnetzentgeltverordnung vom 25. Juli 2005 (BGBl. I S. 2225), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 23. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2935) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 17 Absatz 2a werden folgende Sätze angefügt:

„Abweichend von Satz 4 Nummer 2 erfolgt ein Pooling durch Saldierung nach Satz 4 Nummer 1 auch im Falle des Satzes 1 Nummer 4 zweite Alternative, wenn ein Transit vorliegt. Ein Transit ist gegeben, wenn innerhalb des zeitgleichen Messintervalls der Lastgangzählung dieselbe Energiemenge aus einer Entnahmestelle entnommen und zumindest teilweise über eine andere, galvanisch verbundene Entnahmestelle abgegeben wird.“

2. Dem § 32 wird folgender Absatz angefügt:

„(10) Sofern eine Vereinbarung individueller Netzentgelte nach § 19 Absatz 2 Satz 2 bis 4 bis zum 30. September 2019 bei der Regulierungsbehörde angezeigt worden und die angezeigte Vereinbarung rechtmäßig ist, besteht für das Kalenderjahr 2020 ein Anspruch auf Weitergeltung der Vereinbarung individueller Netzentgelte, wenn die Voraussetzungen im Kalenderjahr 2019 erfüllt worden sind. Wird der Anspruch nach Satz 1 geltend gemacht, ist § 19 Absatz 2 Satz 18 mit der Maßgabe anzuwenden, dass bei der Vereinbarung nach § 19 Absatz 2 Satz 2 bis 4 für die tatsächliche Erfüllung der Voraussetzungen auf das Kalenderjahr 2019 abgestellt wird. Sollte bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung eine beihilferechtliche Notifizierung der Übergangsregelung nach Satz 1 und 2 erfolgt sein, dürfen Satz 1 und 2 erst nach einer beihilferechtlichen Genehmigung und nach Maßgabe einer solchen Genehmigung angewendet werden; das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie macht den Tag einer

beihilferechtlichen Notifizierung und einer Bekanntgabe einer beihilferechtlichen Genehmigung jeweils im Bundesanzeiger bekannt.“

Artikel 2

Änderung der Niederdruckanschlussverordnung

Die Niederdruckanschlussverordnung vom 1. November 2006 (BGBl. I S. 2477, 2485), die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 17. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2549) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 2 Satz 2 und § 6 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „schriftlich“ jeweils durch die Wörter „in Textform“ ersetzt.
2. § 4 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird das Wort „auszuhändigen“ durch die Wörter „in Textform zur Verfügung zu stellen“ ersetzt.
 - b) Folgender Satz wird angefügt:

„Sofern ein Neukunde dies verlangt, sind ihm die Allgemeinen Bedingungen in Papierform auszuhändigen.“

Artikel 3

Änderung der Niederspannungsanschlussverordnung

Die Niederspannungsanschlussverordnung vom 1. November 2006 (BGBl. I S. 2477), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 14. März 2019 (BGBl. I S. 333) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 2 Satz 2 und § 6 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „schriftlich“ jeweils durch die Wörter „in Textform“ ersetzt.
2. § 4 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird das Wort „auszuhändigen“ durch die Wörter „in Textform zur Verfügung zu stellen“ ersetzt.
 - b) Folgender Satz wird angefügt:

„Sofern ein Neukunde dies verlangt, sind ihm die Allgemeinen Bedingungen in Papierform auszuhändigen.“

Artikel 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Die Verordnung enthält punktuelle Ergänzungen der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV) sowie den Abbau von Bürokratiepflichten in der Niederdruckanschlussverordnung (NDAV) und der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV).

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Zur Umsetzung der Strombinnenmarkttrichtlinie, die für dieses Jahr ansteht, werden umfangreiche Rechtssetzungsmaßnahmen erarbeitet, die eine Vielzahl von Änderungen im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) und den auf dessen Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen vorsehen dürften. Weitere Maßnahmen, die ebenfalls diese Regelungsmaterien betreffen, können damit verbunden werden. Infolge der besonderen Entwicklung seit März dieses Jahres haben sich jedoch einzelne notwendige Änderungen auf der Ebene der Rechtsverordnungen gezeigt, die vorgezogen werden und vorab in Kraft treten sollten.

Dies betrifft zum einen die Rahmenbedingungen für die Inanspruchnahme individueller Netzentgelte nach § 19 Absatz 2 Satz 2 StromNEV. Den Netznutzern ist unter bestimmten formalen Voraussetzungen, die zeitlich für ein Kalenderjahr zu erfüllen sind, ein individuelles Netzentgelt anzubieten. Daher können Änderungen der Produktionsmenge aufgrund und während der Covid-19-Pandemie dazu führen, dass betroffene Unternehmen diese Voraussetzungen mindestens im Kalenderjahr 2020 nicht oder nicht mehr im vorgesehenen Umfang erfüllen können. Dadurch wären sie erheblichen finanziellen Mehrbelastungen ausgesetzt, die sogar Unternehmensinsolvenzen verursachen können. Da sich jedoch die Verbrauchstypik dieser Unternehmen, die materielle Grundlage des Angebots individueller Netzentgelte ist, durch die Sondersituation im Grundsatz nicht geändert hat, sondern nur unterbrochen wurde, soll eine Übergangsregelung nicht sachgerechte Folgen vermeiden. Das grundsätzliche Abstellen auf eine Ermittlung jeweils für ein Kalenderjahr wäre ursächlich für die Verfehlung der Voraussetzungen für abgesenkte Netzentgelte im Jahr 2020.

Bei der Ausgestaltung der Übergangsregelung wird auf eine Lösung abgestellt, die bereits im Jahr 2009 gewählt wurde. Damals wurde darauf abgestellt, dass im Kalenderjahr 2008 die Voraussetzungen für das betreffende individuelle Netzentgelt tatsächlich vorlagen. Zur Kompensation der Auswirkungen der Finanzkrise wurde eine Regelung in die StromNEV aufgenommen. Vorgesehen wurde, die Benutzungsstunden auf Basis der Verbrauchsdaten aus dem Jahr 2008 (Artikel 6 des Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze vom 21. August 2009) fortzuschreiben.

Unternehmen, die im Jahr 2019 die Voraussetzungen für individuelle Netzentgelte nach § 19 Absatz 2 Satz 2 und 3 erfüllt haben, sollen durch § 32 Absatz 10 StromNEV einen Anspruch erhalten, dass für das Jahr 2020 die Prüfung der Voraussetzungen, die sich auf den Gesamtstromverbrauch und die Benutzungsstundenzahl in einem Kalenderjahr beziehen, alternativ auch auf Basis der Verbrauchsdaten des Kalenderjahres 2019 durchgeführt wird. Im Übrigen gelten die Regelungen zur Berechnung der Höhe dieser individuellen Netzentgelte unverändert. So erfolgt die Berechnung der konkreten Höhe der im Jahr 2020 zu zahlenden individuellen Netzentgelte auf Basis der Daten des Jahres 2020. Die Höhe der individuellen Netzentgelte im Jahr 2020 wird also weiterhin vorrangig auf Grundlage des sog. physikalischen Pfades nach § 19 Absatz 2 Satz 4 StromNEV ermittelt. Nur wenn die auf dieser Grundlage ermittelten Netzkostenbeiträge niedriger sind als die Netzentgelte, die sich aus einer Berechnung nach den Schwellenwerten des § 19 Absatz 2

Satz 3 StromNEV ergeben, sind letztere für die Höhe der individuellen Netzentgelte maßgebend, wobei die anteilige Berechnung auf Grundlage der im Jahr 2020 geltenden allgemeinen Netzentgelte zu erfolgen hat. Die Daten des Jahres 2019 werden allein bei Prüfung der Berechtigung für das Angebot individueller Netzentgelte herangezogen, nicht aber bei der Ermittlung der konkreten Höhe, die wie im Übrigen auf Grundlage der Daten des Jahres 2020 zu erfolgen hat.

Insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Stromflüsse zwischen den Mitgliedstaaten soll zudem eine klarstellende Regelung in die StromNEV aufgenommen werden, die ein sachwidriges Anfallen von Netzentgelte im Falle von Stromtransiten vermeidet. Solche Stromtransporte erfolgen zwar grundsätzlich über das Übertragungsnetz, können technisch aber „Umwege“ über die Verteilernetze nehmen. Dann erfolgt zeitgleich sowohl eine Ausspeisung einer bestimmten Strommenge aus dem vor- in das nachgelagerte Netz als auch an einer anderen Netzverbindung eine Rückspeisung zumindest eines Teiles dieser Strommenge aus dem nach- in das vorgelagerte Netz. Eine punktuelle Ergänzung der StromNEV soll verhindern, dass solche Stromtransite ohne Sachgrund die Netzkosten in den nachgelagerten Netzen erhöhen. Klargestellt wird, dass in solchen Fällen eine Saldierung zeitgleicher Ein- und Rückspeisungen erfolgt. Es handelt sich insoweit um keinen Strombezug der nachgelagerten Netzebene, für den Netzentgelte an das vorgelagerte Netz gezahlt werden sollen. Der Sachverhalt gilt für vor- und nachgelagerte Netze unabhängig von der jeweiligen Netzebene. Da Transite nicht allein im Zusammenhang mit Stromflüssen zwischen den Mitgliedstaaten erfolgen können, soll die Regelung alle entsprechenden Sachverhalte erfassen.

Des Weiteren sollen die NAV und NDAV dahingehend geändert werden, dass das Zustandekommen des Netzanschlussvertrages in Textform abgewickelt werden kann. Dies betrifft den Austausch anlässlich des Abschlusses des Vertrags nach § 2 Absatz 2 Satz 2 NAV und NDAV, die Beauftragung der Herstellung des Netzanschlusses nach § 6 Absatz 1 Satz 2 NAV und NDAV sowie die Übermittlung der Allgemeinen Bedingungen nach § 4 Absatz 2 NAV und NDAV. Dadurch werden Schriftformerfordernisse abgebaut, die einen digitalen Geschäftsverkehr zwischen Netzbetreiber und Anschlussnehmer erschweren. Eine Umstellung auf das Erfordernis einer Textform trägt einerseits dem Dokumentationsinteresse bei solchen Rechtsbeziehungen weiterhin hinreichend Rechnung, vereinfacht aber andererseits den Abschluss von Vereinbarungen und macht zugleich eine physische Übermittlung entbehrlich. Damit wird zum einen der zunehmenden Digitalisierung auch des Geschäftsverkehrs in den letzten Jahren Rechnung getragen. Des Weiteren wurde während der Covid-19-Pandemie vermehrt nach Möglichkeiten gesucht, physische Kontakte vermeidbar zu machen. Die Nutzung der elektronisch signierten Vertragsform nach § 126a BGB stellt in Ermangelung hinreichender Verbreitung der hierfür erforderlichen Ausstattung bei den betroffenen Anschlussnehmern keine hinreichend wirksame Alternative dar. Bei § 2 Absatz 3 NAV und NDAV, bei dem es um eine Zustimmung des Grundstückseigentümers mit entsprechender Übernahme von Pflichten geht, bleibt es aus Nachweisgründen bei der Schriftform. Im Interesse von Neukunden, die nicht über die Möglichkeiten einer digitalen Kommunikation verfügen, verbleibt es im Übrigen bei der Möglichkeit, eine Übermittlung der Allgemeinen Bedingungen in Papierform zu verlangen.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Artikel 1 enthält zwei punktuelle Ergänzungen der StromNEV. § 17 Absatz 2a wird durch eine Definition der sog. Transite ergänzt und als Rechtsfolge ein Pooling zeitgleicher Ein- und Ausspeisungen ermöglicht, das eine Berechnung von Netzentgelten gegenüber der für einen Transit genutzten, nachgelagerten Netzebene verhindert. Die Übergangsregelung des § 32 wird durch einen neuen Absatz 10 ergänzt, der Netznutzern, die im Jahr 2019 die Voraussetzungen für das Angebot individueller Netzentgelte erfüllt haben, die Möglichkeit gibt, dass die Prüfung der Voraussetzungen für das Kalenderjahr 2020 auf Basis der Verbrauchsdaten des Jahres 2019 durchgeführt wird. § 19 Absatz 2 Satz 18 ist

für die Ermittlung der individuellen Netzentgelte im Jahr 2020 mit der Maßgabe anzuwenden, dass auf die tatsächliche Erfüllung der Voraussetzungen im Jahr 2019 abgestellt wird.

Artikel 2 und 3 ersetzen in der NDAV und der NAV an den betroffenen Stellen das Schriftformerfordernis durch ein Textformerfordernis. Dadurch entfällt das besondere Formerfordernis anlässlich der Herstellung des Netzanschlusses bei der Beauftragung des Netzanschlusses und dem Abschluss des Netzanschlussvertrages. Klarstellend wird es zudem ermöglicht, den Neukunden die Allgemeinen Bedingungen des Netzbetreibers auch in Textform zur Verfügung zu stellen, sofern diese nicht eine Übermittlung in Papierform verlangen.

III. Alternativen

Die vorliegenden Regelungsinhalte können nicht durch andere, untergesetzliche Maßnahmen ersetzt werden.

IV. Regelungskompetenz

Die Mantelverordnung stützt sich auf die Verordnungsermächtigungen nach den §§ 18 und 24 EnWG.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Ein Widerspruch zu dem Recht der Europäischen Union oder völkerrechtlichen Verträgen ist nicht erkennbar.

Zu beachten ist, dass noch keine abschließende rechtliche Klärung der beihilferechtlichen Einordnung individueller Netzentgelte vorliegt. Insbesondere steht eine gerichtliche Entscheidung zu der Frage aus, ob bei der Gewährung individueller Netzentgelte staatliche Mittel eingesetzt werden. Zu einer solchen Klärung werden noch ausstehende Entscheidungen in aktuell beim Europäischen Gericht erster Instanz anhängigen Verfahren beitragen, die im Zusammenhang mit dem „Beschluss (EU) 2019/56 der Kommission vom 28. Mai 2018 über die staatliche Beihilfe SA.34045 (2013/C) (ex 2012/NN) Deutschlands für Bandlastverbraucher nach Paragraph 19 StromNEV“ getroffen werden. Auf Grundlage bisheriger Erkenntnisse wird davon ausgegangen, dass die vorliegende Übergangsregelung nach § 32 Absatz 10 StromNEV keine Auswirkungen auf die beihilferechtliche Behandlung hat.

VI. Regelungsfolgen

Die Ergänzung des § 17 Absatz 2a StromNEV stellt klar, dass zeitgleiche Entnahmen und Rückspeisungen eines nachgelagerten Netzes bei der Bemessung der Netzentgelte, die das nachgelagerte Netz für Entnahmen aus dem vorgelagerten Netz entrichten muss, nicht einbezogen werden. Die Regelung ändert nicht die für die Ermittlung der Netzentgelte erforderlichen Verfahren. Sie stellt allein die materielle Bewertung der gemessenen Stromflüsse klar und führt dazu, dass bei der Ermittlung der Stromflüsse, aufgrund derer die von der nachgelagerten Netzebene zu entrichtenden Netzentgelte bemessen werden, in einem Rechenschritt gegebenenfalls ein Abzugsbetrag anzusetzen ist. Für den Gesamtvorgang der Bemessung der Netzentgelte ergibt sich hieraus kein zusätzlicher Aufwand.

Durch die Einfügung der Übergangsregelung des § 32 Absatz 10 StromNEV verändern sich die Verfahrensschritte bei der Geltendmachung individueller Netzentgelte nicht. Im Jahr 2021 ist bezogen auf das Jahr 2020 festzustellen, ob die Voraussetzungen des § 19 Absatz 2 Satz 2 und 3 StromNEV tatsächlich erfüllt wurden. Wird der Anspruch nach § 32 Absatz 10 Satz 1 StromNEV geltend gemacht, ist § 19 Absatz 2 Satz 18 mit der Maßgabe anzuwenden, dass dabei für die tatsächliche Erfüllung der Voraussetzungen auf das Kalenderjahr 2019 abgestellt wird. Insoweit ändert sich allein der Prüfungsinhalt.

Der Verzicht auf das Schriftformerfordernis in den betroffenen Regelungen der NAV und der NDAV senkt den Aufwand, der zur Herstellung von Netzanschlüssen zwischen Anschlussnehmer und Netzbetreiber erforderlich ist. Die Geschäftsprozesse bleiben erhalten, können aber vereinfacht elektronisch erfolgen.

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Die Schriftformerfordernisse in § 2 Absatz 2 Satz 2, § 4 Absatz 2 Satz 1 und § 6 Absatz 1 Satz 2 der NAV und der NDAV werden jeweils durch ein Textformerfordernis ersetzt. Zudem kann sich einmalig der Prüfungsaufwand bei den Voraussetzungen eines individuellen Netzentgelts nach § 19 Absatz 2 Satz 2 StromNEV verringern, wenn sich Unternehmen für das Jahr 2020 auf die Übergangsregelung nach § 32 Absatz 10 StromNEV berufen.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Der Entwurf steht im Einklang mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Es entstehen keine unmittelbaren Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand für Bund, Länder und Kommunen.

4. Erfüllungsaufwand

a) Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger

Für die Bürgerinnen und Bürger entsteht kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand. Bei den Regelungen nach Artikel 1 und Artikel 3 Nummer 3 und 4 sind sie nicht Normadressat. Die Regelungen nach Artikel 2 Nummer 1 und Artikel 3 Nummer 1 führen zu einer leichten Reduzierung des zeitlichen Aufwands für Bürgerinnen und Bürger um etwa 12.900 Stunden pro Jahr, da der Kontakt mit dem Netzbetreiber durch den Wegfall des Schriftformerfordernisses vereinfacht wird. Es wird dabei auf Grundlage von Daten aus der WebSKM-Datenbank angenommen, dass pro Jahr 193.000 Strom- und Gasnetzanschlussverträge auf Niederspannungs- bzw. Niederdruckebene neu abgeschlossen werden. Die Zeiterparnis durch die Nutzung der Textform als Ersatz für die Schriftform wird in Höhe von zwei Minuten angesetzt. Diese Zeit kann sowohl beim Vertragsabschluss als auch beim Übermitteln des Auftrags zur Herstellung des Netzanschlusses eingespart werden. Ebenfalls können in beiden Fällen Portokosten eingespart werden, die in der WebSKM-Datenbank als Sachkosten in Höhe von 2 Euro je Fall beziffert sind. Daraus ergibt sich eine jährliche Einsparung für die Bürgerinnen und Bürger von 772.000 Euro.

b) Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Normadressaten der vorgesehenen Regelungen sind insbesondere die Netzbetreiber.

Durch Artikel 1 Nummer 1 stellt allein die materielle Bewertung der gemessenen Stromflüsse klar und ändert nicht die für die Ermittlung der Netzentgelte erforderlichen Verfahren. Artikel 1 Nummer 2 ändert die Prozesse der Netzbetreiber nicht. Daher entsteht aus

Artikel 1 kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand. Folgende Regelungen sind im Grundsatz vielmehr geeignet, den Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft zu senken: Der Wegfall des Schriftformerfordernisses in § 2 Absatz 2 Satz 2 der NAV und der NDAV senkt durch den Wegfall des Schriftformerfordernisses den Aufwand bei der Herstellung eines Netzan schlusses, indem die Kommunikation zwischen Netzbetreiber und Anschlussnehmer vereinfacht wird. Gleiches gilt für die Möglichkeit einer digitalen Kommunikation bei der Übermittlung der Allgemeinen Bedingungen nach § 4 Absatz 2 Satz 1. Die jährliche Einsparung für die Wirtschaft beträgt etwa 1.387.000 Euro. Auf Grundlage von Daten aus der WebSKM-Datenbank wird angenommen, dass pro Jahr 193.000 Strom- und Gasnetzanschlussverträge auf Niederspannungs- bzw. Niederdruckebene neu abgeschlossen werden. Des Weiteren wird im Falle der Nutzung der Textform als Ersatz für die Schriftform beim Vertragsschluss eine Zeitersparnis von zwei Minuten angesetzt. Als durchschnittlicher Stundenlohnsatz wird der im WebSKM hinterlegte Wert von 53,44 Euro de angenommen. Darüber hinaus können Portokosten eingespart werden, die in der WebSKM-Datenbank als Sachkosten in Höhe von 2 Euro je Fall beziffert sind. Bei der Möglichkeit, die Allgemeinen Bedingungen zukünftig digital zu übermitteln, wird angenommen, dass zehn Prozent der Kunden weiterhin eine physische Übermittlung wünschen werden. Somit hat die Wirtschaft in 90 Prozent der Fälle eine Einsparung, deren Berechnung ebenfalls eine Zeitersparnis von zwei Minuten zu einem durchschnittlichen Stundenlohnsatz von 53,44 Euro sowie 2 Euro Sachkostensparnis zugrunde gelegt werden.

Aus den Regelungen folgt kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft.

c) Erfüllungsaufwand für die Verwaltung

Die Verwaltung ist nur von der Änderung in Artikel 1 Nummer 2 betroffen. Diese sieht vor, dass Unternehmen, die im Jahr 2019 die Voraussetzungen für individuelle Netzentgelte nach § 19 Absatz 2 Satz 2 und 3 erfüllt haben, einen Anspruch erhalten, dass für das Jahr 2020 die Prüfung der Voraussetzungen alternativ auch auf Basis der Verbrauchsdaten des Kalenderjahres 2019 durchgeführt wird. Bei Unternehmen, die von der Regelung Gebrauch machen, müssen die Bundesnetzagentur und die Landesregulierungsbehörden die Erfüllung der Voraussetzungen nicht auf Basis der Verbrauchsdaten des Kalenderjahres 2020 prüfen sondern können das Prüfergebnis aus dem Vorjahr zugrunde legen. Für die Bundesnetzagentur und die Landesregulierungsbehörden ergibt sich dadurch ein geringer einmaliger Minderaufwand im Jahr 2021. Es werden keine Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand erwartet.

Auch ansonsten ändert sich der Erfüllungsaufwand für die Verwaltung des Bundes nicht.

Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand der Verwaltung der Länder und Kommunen sind ebenfalls nicht ersichtlich.

5. Weitere Kosten

Spürbare Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau und insbesondere das Verbraucherpreisniveau sind nicht zu erwarten.

Der Abbau von Bürokratiepflichten hat eine tendenziell kostenentlastende Wirkung.

Die Übergangsregelung nach § 32 Absatz 10 StromNEV gewährleistet, dass Unternehmen, die nach § 19 Absatz 2 bis 4 StromNEV ein individuelles Netzentgelt erhalten, dieses aufgrund der Sondersituation im Jahr 2020 nicht verlieren. Anderenfalls würden betroffene Unternehmen Netzentgelte in einer Höhe nachzahlen müssen, die bei ihnen gegebenenfalls zu wirtschaftlichen Problemen führen kann. Das für die Ermittlung der Netzentgelte für das Jahr 2020 zugrunde gelegte Netzentgeltniveau wird dadurch im Grundsatz gewahrt, ohne dass es zu neuen Belastungen anderer Netznutzer kommt. Der Status quo bleibt insoweit erhalten. Wie viele der betroffenen Unternehmen von der Regelung

Gebrauch machen werden, lässt sich im laufenden Jahr noch nicht abschließend feststellen. Dies wird im Jahr 2021 die Prüfung nach § 19 Absatz 2 Satz 18 StromNEV zeigen.

6. Weitere Regelungsfolgen

Gleichstellungspolitische Belange sind nicht berührt. Demografische Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

VII. Befristung; Evaluierung

Eine Befristung und eine Evaluierung kommen nicht in Betracht. Die Regelung nach Artikel 1 Nummer 2 wirkt ohnehin nur für das Jahr 2020. Die bürokratischen Erleichterungen sollen dauerhaft wirken. Die übrigen Regelungen adressieren Sachverhalte, die nicht nur vorübergehend entstehen und teilweise geltendem Unionsrecht entsprechen, das seinerseits nicht befristet ist. Fragen der Netzregulierung unterliegen im Übrigen einer ständigen Beobachtung durch die Regulierungsbehörden des Bundes und der Länder.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung der StromNEV)

Zu Nummer 1 (17 Absatz 2a)

Von der Einspeisung in nachgelagerte Netze, für die Netzentgelte zu entrichten sind, ist der (ungewollte) Transit zu unterscheiden. In solchen Sachverhalten wird zwar ebenfalls Elektrizität in das nachgelagerte Netz eingespeist, jedoch findet zugleich eine Rückspeisung in das vorgelagerte Netz statt. Die eingespeiste Elektrizität wird nicht in dem nachgelagerten Netz verbraucht, sondern sie nimmt einen „Umweg“. Statt durchgängig über das vorgelagerte Netz transportiert zu werden, fließt sie über das nachgelagerte Netz und aus diesem heraus.

In solchen Fällen erscheint es nicht sachgerecht, wenn die Entnahme des nachgelagerten Netzbetreibers mit einer Lastspitze belastet wird, die nicht durch eine Erhöhung der Entnahmen aus seinem Netz und somit nicht durch die dort angeschlossenen Netzkunden verursacht wurde.

Die neu anzufügenden Sätze 5 und 6 regeln, dass abweichend von Satz 4 Nummer 2 (richtungsgleich) im Falle eines solchen Transits eine Saldierung nach den Vorgaben des Satzes 4 Nummer 1 möglich ist. Dies führt dazu, dass Energiemengen, die auf einem Transit beruhen, saldiert werden dürfen und somit nicht zu einer Erhöhung der Netzkosten führen.

Beim Transit entnimmt bei rein bilanzieller Betrachtung der nachgelagerte Netzbetreiber innerhalb des relevanten Zeitintervalls aus einer Entnahmestelle zum vorgelagerten Netz eine bestimmte Energiemenge. Diese Energiemenge gibt er innerhalb desselben Zeitintervalls nicht vollständig an die an sein Netz angeschlossenen Netzkunden ab oder verbraucht diese selbst (Betriebsverbräuche und Verlustenergie), sondern speist innerhalb desselben Messintervalls einen Teil derselben Energiemenge über eine andere, galvanisch verbundene Entnahmestelle wieder zum vorgelagerten Netz aus. Die bilanzielle Betrachtung ermöglicht eine einfache und zugleich tragfähige Abgrenzung zur Rückspeisung, insbesondere wenn im Netz des nachgelagerten Netzbetreibers dezentrale Erzeugungsanlagen oder rückspeisende Netzbetreiber angeschlossen sind.

Die Regelung soll erstmalig bei der Ermittlung der Netzentgelte für das Jahr 2021 angewendet werden. Da die Netzbetreiber ihre (vorläufigen) Netzentgelte für das Jahr 2021 bereits im Herbst 2020 berechnen und veröffentlichen, wurde die Änderung in diese Verordnung aufgenommen.

Zu Nummer 2 (§ 32 Absatz 10)

Die Norm enthält eine Übergangsregelung zur Anwendung des § 19 Absatz 2 Satz 2 bis 4 für das Kalenderjahr 2020. § 19 Absatz 2 Satz 2 bis 4 enthält normative Voraussetzungen, unter denen Letztverbraucher mit den betroffenen Netzbetreibern abgesenkte individuelle Netzentgelte vereinbaren können. Die Voraussetzungen zielen darauf, in einem ersten Prüfschritt Unternehmen mit einem gewissen Umfang und einer gewissen Konstanz des Stromverbrauchs zu charakterisieren. Wie hoch die individuellen Netzentgelte sind, bestimmt sich in einem zweiten Schritt nach den Kosten des sog. physikalischen Pfades, die aus § 19 Absatz 2 Satz 4 StromNEV folgen. In jedem Fall sind mindestens Netzentgelte in der Höhe zu entrichten, die sich aus § 19 Absatz 2 Satz 3 ergibt.

Die Berechnung nach dem sog. physikalischen Pfad ist nach der Beihilfeentscheidung der EU-KOM (Rückforderungsverfahren wegen vollständiger Befreiung von Netzentgelten in den Jahren 2012 und 2013) der primäre Maßstab für die Höhe der individuellen Netzentgelte. Dieses beträgt aber in jedem Fall nicht weniger als 20% des veröffentlichten Netzentgelts bei mindestens 7.000 Benutzungsstunden im Jahr, 15% des veröffentlichten Netzentgelts bei mindestens 7.500 Benutzungsstunden im Jahr und 10% des veröffentlichten Netzentgeltes bei mindestens 8.000 Benutzungsstunden im Jahr.

Die Bemessungsgrundlagen des § 19 Absatz 2 Satz 2 und 3 StromNEV stellen daher als Bemessungsgröße auf die Stromverbräuche in einem bestimmten Kalenderjahr ab. Die Erfüllung der Tatbestandsvoraussetzungen dieser Regelungen wird aufgrund der Folgen der Covid-19-Pandemie zunehmend schwieriger oder unmöglich, weil die betroffenen Unternehmen in geändertem Umfang produzieren und daher auch einen veränderten Strombedarf haben. Aufgrund von Produktionsänderungen, die aus der seit März 2020 in Deutschland vorliegenden Sondersituation aufgrund einer pandemischen Lage folgen, droht ohne eine Übergangsregelung bei betroffenen Unternehmen ein Verlust der individuellen Netzentgelte im Kalenderjahr 2020, ohne dass sich die grundsätzliche Struktur ihres Strombezugs geändert hat. Dies gilt insbesondere in Bezug auf das Grundmodell, die Kosten des physikalischen Pfades als Bemessungsgrundlage für die zu entrichtenden Netzentgelte heranzuziehen. Allein aufgrund der kalendarischen Betrachtung würden jedoch die formalen Voraussetzungen für ein individuelles Netzentgelt verfehlt. Aus diesem Grund sollen die Unternehmen, die im Jahr 2019 fristgerecht – auch unter Beachtung von Gerichtsverfahren oder verwaltungsrechtlichen Entscheidungen – die Vereinbarung zu individuellen Netzentgelten angezeigt haben und wenn diese rechtmäßig war, dem Grunde nach auch im Jahr 2020 einen Anspruch auf Weitergeltung der Vereinbarung individueller Netzentgelte haben.

Satz 1 stellt darauf ab, dass zum einen eine Vereinbarung individueller Netzentgelte nach § 19 Absatz 2 Satz 2 bis 4 für das Kalenderjahr 2019 bei der Regulierungsbehörde fristgerecht angezeigt worden und zum anderen die angezeigte Vereinbarung rechtmäßig ist. Wurden die Voraussetzungen für den Erhalt individueller Netzentgelte im Kalenderjahr 2019 dann auch tatsächlich erfüllt, soll für das Kalenderjahr 2020 ein Anspruch des Letztverbrauchers auf Weitergeltung dieser erfüllten Voraussetzungen für das vereinbarte individuelle Netzentgelt bestehen. Das bedeutet, dass insbesondere die im Kalenderjahr 2019 erreichte Benutzungsstundenzahl maßgeblich für den Erhalt individueller Netzentgelte nach § 19 Absatz 2 Satz 2 und die Höhe des zu zahlenden Mindestnetzentgelts nach § 19 Absatz 2 Satz 3 ist. Die konkrete Höhe des im Kalenderjahr 2020 zu zahlenden Netzentgelts bestimmt sich nach dieser Maßgabe unter Zugrundelegung der allgemeinen Netzentgelte des Jahres 2020.

Satz 2 stellt klar, dass bei der Prüfung der tatsächlichen Erfüllung der Voraussetzungen nach § 19 Absatz 2 Satz 18, soweit es um die auf Stromverbrauch und Benutzungsstunden bezogene Voraussetzungen nach § 19 Absatz 2 Satz 2 und 3 geht, auf die Daten des Kalenderjahres 2019 abzustellen ist.

Satz 3 enthält einen Beihilfevorbehalt.

Zu Artikel 2 (Änderung der NDAV)

Zu Nummer 1 (§ 2 Absatz 2 Satz 2 und § 6 Absatz 1 Satz 2)

Sowohl für den Abschluss eines Netzanschlussvertrages nach § 2 Absatz 2 Satz 2 als auch für den Auftrag zur Herstellung eines Netzanschlusses nach § 6 Absatz 1 Satz 2 ist bisher die Schriftform vorgesehen.

Das Schriftformerfordernis wurde im Jahr 2006 in die damals neue NDAV übernommen. In der Verordnungsbegründung zu § 2 Absatz 2 wurde seinerzeit darauf abgestellt, dass ein Netzanschlussvertrag aus Gründen der Rechtssicherheit zwingend schriftlich abzuschließen sei (BR-Drs. 367/06, S. 36). Diese Begründung wird heute nicht mehr aufrechterhalten. Seit dem Jahr 2006 ist die Digitalisierung in vielen Lebensbereichen weiter vorangeschritten und auch der Geschäftsverkehr wird zunehmend digital abgewickelt. Diese Entwicklung hat sich während der aktuellen Covid-19-Pandemie noch einmal beschleunigt, um die Notwendigkeit physischer Kontakte in dieser Zeit zu reduzieren. Vor diesem Hintergrund erscheint die Aufrechterhaltung des Schriftformerfordernisses beim Abschluss eines Netzanschlussvertrages weder erforderlich noch zeitgemäß. Im Interesse einer Entbürokratisierung soll das Erfordernis der Schriftform jeweils durch die Textform ersetzt werden.

Auch die Natur des Rechtsgeschäftes bedingt nicht die Notwendigkeit eines Abschlusses in Schriftform. Die Regelungen betreffen Verträge zwischen einem Grundstückseigentümer und einem Netzbetreiber zum Anschluss eines in den meisten Fällen neuen Gebäudes an die Energieversorgung. Zur Dokumentation der wechselseitigen Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag erscheint auch angesichts der heute üblichen Nutzung digitaler Kommunikation die Textform ausreichend. Dagegen verbleibt es bei § 2 Absatz 3, bei dem es um eine Zustimmung des Grundstückseigentümers mit entsprechender Übernahme von Pflichten geht, aus Nachweisgründen bei der Schriftform.

Zu Nummer 2 (§ 4 Absatz 2 Satz 1)

Durch die Ergänzung des § 4 Absatz 2 Satz 1 in Buchstabe a soll klargestellt werden, dass auch die Allgemeinen Bedingungen des Netzbetreibers in Textform zur Verfügung gestellt werden können.

Buchstabe b soll als eine Folgeänderung Neukunden auch weiterhin die Möglichkeit geben, ausdrücklich eine Übermittlung in Papierform zu verlangen, sofern dies für sie sinnvoll ist. Eine Übermittlung in Papierform soll ihnen aber nicht aufgedrängt werden müssen, wenn eine digitale Kenntnisnahme dem Interesse beider Vertragsparteien entspricht.

Zu Artikel 3 (Änderung der NAV)

Zu Nummer 1 (§ 2 Absatz 2 und § 6 Absatz 1)

Die Änderung entspricht für den Strombereich der Anpassung nach Artikel 2 Nummer 1 im Gasbereich.

Zu Nummer 2 (§ 4 Absatz 2 Satz 1)

Die Änderung entspricht für den Strombereich der Anpassung nach Artikel 2 Nummer 2 im Gasbereich.

Zu Artikel 4 (Inkrafttreten)

Die Vorschrift regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung.

Anlage

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gem. § 6 Abs. 1 NKRG**Verordnung zur Umsetzung pandemiebedingter und eilbedürftiger Anpassungen in Rechtsverordnungen auf Grundlage des Energiewirtschaftsgesetzes (NKR-Nr. 5372, BMWi)**

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des oben genannten Regelungsvorhabens geprüft.

I. Zusammenfassung

Bürgerinnen und Bürger Jährlicher Zeitaufwand: Jährliche Sachkosten:	-12.900 Stunden (entspricht -323.000 Euro bei angenommenen 25 Euro/h) -772.000 Euro
Wirtschaft Jährlicher Erfüllungsaufwand (gerundet):	-1,4 Mio. Euro
Verwaltung Einmaliger Erfüllungsaufwand:	geringfügige Entlastung
Weitere Kosten	Die Übergangsregelung in der Stromnetzentgeltverordnung soll für 2020 den Zugang zu individuellen Netzentgelten für stromentnehmende Unternehmen ermöglichen, auch wenn Covid 19-bedingt deren Mindestbenutzungsstundenzahl nicht erreicht wird. Darüber hinaus sollen reine Stromtransite zwischen Mitgliedstaaten zu keinen Netzentgeltzahlungen des Verteilnetzbetreibers an den vorgelagerten Netzbetreiber führen.
„One in one out“-Regel	Im Sinne der „One in one out“-Regel der Bundesregierung stellt der jährliche Erfüllungsaufwand der Wirtschaft in diesem Regelungsvorhaben ein „Out“ von -1,4 Mio. Euro dar.
KMU-Betroffenheit	Die Beseitigung von Schriftformerfordernissen in den Anschlussverordnungen für das Strom- und Gasnetz kommt auch kleineren und mittleren Netzbetreibern zugute.
Der Nationale Normenkontrollrat erhebt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellung der Gesetzesfolgen in dem vorliegenden Regelungsentwurf.	

II. Im Einzelnen

Mit dem Regelungsvorhaben werden neben einer Covid 19-Pandemie bedingten Anpassung in der Stromnetzentgeltverordnung gleichzeitig Schriftformerfordernisse in anderen energierechtlichen Rechtsverordnungen abgebaut. Im Wesentlichen werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. die Stromnetzentgeltverordnung erhält eine Übergangsregelung für die Gewährung individueller Netzentgelte nach § 19 Absatz 2 Satz 2 StromNEV. Damit soll Unternehmen, die aufgrund der Covid-19-Pandemie ihre Produktion herunterfahren und somit 2020 nicht die in der Regelung vorgesehene Mindestbenutzungsstundenzahl erreichen können, Zugang zu individuellen Netzentgelten für 2020 gewährt werden,
2. die Stromnetzentgeltverordnung wird dahingehend geändert, dass im Falle von Stromtransiten ein unsachgerechtes Anfallen von Netzentgelten zulasten nachgelagerter Netzebenen (Verteilnetzbetreiber) vermieden wird. Hintergrund ist, dass zunehmende Stromflüsse insbesondere zwischen den Mitgliedstaaten, die grundsätzlich über das Übertragungsnetz fließen, technisch "Umwege" über Verteilernetze nehmen können und daher Netzentgelte des Verteilnetzbetreibers an den vorgelagerten Netzbetreiber verursachen können,
3. der Abbau von Schriftformerfordernisse im Zusammenhang mit dem Abschluss von Netzanschlussverträgen, um eine einfachere digitale Vertragsabwicklung zwischen Netzbetreibern und Anschlussnehmern zu ermöglichen.

II.1 Erfüllungsaufwand

Das Ressort hat den Erfüllungsaufwand nachvollziehbar geschätzt.

Bürgerinnen und Bürger

Für Bürgerinnen und Bürger entstehen aus dem Wegfall von Schriftformerfordernissen Entlastungen. Diese betreffen den bisher schriftlich zu schließenden Netzanschlussvertrag sowie die bisherige schriftliche Beauftragung der Herstellung des Netzanschlusses für das Strom- bzw. Gasnetz.

Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes (Datenbank WebSKM) können pro Jahr etwa 193.000 Netzanschlussverträge und insoweit ebenso viele Beauftragungen für die Herstellung des Netzanschlusses angenommen werden. Im Einzelfall beträgt die Entlastung -2 min und -2 Euro an Sachkosten (insbesondere Porto). Insgesamt werden Bürger daher mit rund 12.900 Stunden p.a. entlastet, was bei einem angenommenen Stundensatz von 25 Euro/h jährlich in etwa -323.000 Euro bewirkt. Die Entlastung durch Wegfall von Sachkosten beträgt jährlich etwa -772.000 Euro.

Wirtschaft

Für die Wirtschaft fällt durch die Anpassungen der Stromnetzentgeltverordnungen kein belastender Erfüllungsaufwand an. Die Übergangsregelung soll weiterhin die Beantragung von individuellen Netzentgelten von stromentnehmenden Unternehmen ermöglichen. Die

Entgeltregelungen bezüglich Stromtransiten sollen darauf beruhende Netzentgeltzahlungen an den vorgelagerten Netzbetreiber vermeiden.

Durch die Abschaffung von Schriftformerfordernissen entstehen jedoch für die Wirtschaft jährliche Entlastungen. Der Netzbetreiber hat laut Anschlussverordnungen für das Strom- und Gasnetz den Vertrag ebenfalls bisher schriftlich zu schließen, was geändert wird. Darüber hinaus hat der Netzbetreiber auch die AGB seinen Kunden auszuhändigen. Für letzteres kann nun ebenfalls die Textform, d.h. auch die digitale Übermittlung, gewählt werden, wobei bei einem Anteil von etwa 10% vermutet wird, dass die Kunden weiterhin eine Aushändigung in Papier fordern werden. Insoweit werden 193.000 Fälle p.a. für den Vertragsschluss und etwa 174.000 Fälle p.a. für die Zurverfügungstellung der AGBs in Textform angenommen. Auch hierbei werden pro Einzelfall -2 min Aufwand durch die Beseitigung der Schriftformerfordernisse geschätzt. Der Lohnkostensatz beträgt laut WebSKM gemittelt 53,44 Euro/h (gesamt etwa -654.000 Euro p.a.).

Auch für die Wirtschaft entfallen Sachkosten von etwa -2 Euro pro Fall (insbesondere für Porto), so dass eine weitere Entlastung von -734.000 Euro p.a. bewirkt wird. Insgesamt entsteht eine Entlastung von rund -1,4 Mio. Euro p.a.

Verwaltung

Für die Regulierungsbehörden von Bund und Ländern entsteht eine geringfügige Entlastung im Jahr 2021 durch die Übergangsregelung in der Stromnetzentgeltverordnung. Sofern Unternehmen von den Regeln für individuelle Netzentgelte Gebrauch machen wollen, können die Regulierungsbehörden vereinfacht auf Daten aus 2019 zurückgreifen und brauchen die Verbrauchsdaten der Unternehmen nicht zu prüfen.

Der Prüfaufwand wird durch die geänderten Vorgaben bezüglich des Stromtransits nicht verändert.

II.2 Weitere Kosten

Netzentgelte stellen Weitere Kosten dar. Mit der Übergangsregelung der Stromnetzentgeltverordnung soll weiterhin der Zugang zu individuellen Netzentgelten für betreffenden Unternehmen für das Jahr 2020 gewährt werden.

Die Änderung der Stromnetzentgeltverordnung zu Stromtransiten soll entsprechende Netzentgeltzahlungen des nachgelagerten Netzbetreibers (Verteilnetzbetreiber) an den vorgelagerten Netzbetreiber vermeiden.

III. Ergebnis

Der Nationale Normenkontrollrat erhebt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellung der Gesetzesfolgen in dem vorliegenden Regelungsentwurf.

Dr. Ludewig
Vorsitzender

Schleyer
Berichterstatter